



# ENDE GELÄNDE DEM SCHWEIGEN – STAND DER DEBATTE ZU ISRAEL UND PALÄSTINA

## INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung .....	1
1. Weshalb dieses Statement?.....	1
a. Warum erst jetzt? - Eine Entschuldigung.....	1
b. Positionen innerhalb von EG .....	2
c. Warum sich äußern? – Unser Zugang.....	3
2. Leid und Entmenschlichung.....	3
a. Der 7. Oktober, davor und danach .....	3
b. Ein Ende dem Genozid / Zum Genozidbegriff .....	6
c. Plädoyer für Menschlichkeit und Menschenwürde .....	7
d. Kolonialismus und Machtungleichheiten.....	7
3. Für internationale Solidarität und gegen Autoritarismus.....	8
a. Dialog, Repression und fehlende Aufarbeitung .....	8
b. Zum (linken) Diskurs in Deutschland .....	10
Fazit: Solidarität muss Praxis werden - ein Plädoyer dafür, sich einzubringen! .....	11
Glossar .....	12
Antisemitismus.....	12
Antizionismus.....	12
Ethnonationalismus.....	13
Genozid/Völkermord .....	13
Imperialismus.....	13
Kolonialismus.....	13
Ökozid.....	14
Staatsräson .....	14
Zionismus.....	14



[Am Ende des Textes findet sich ein Glossar für Begriffserklärungen]

## ZUSAMMENFASSUNG

Als Ende Gelände haben wir im letzten Jahr viel zu Israel/Palästina diskutiert und einen Bildungsprozess durchlaufen. In unserer Öffentlichkeitsarbeit und Praxis waren wir als Gruppe zu dem Thema daher nicht handlungsfähig und wenig solidarisch mit den Widerständen gegen Krieg, systematischen Mord, Rassismus und Antisemitismus und den von Repressionen Betroffenen. Dafür wollen wir uns entschuldigen. Dieses Schweigen beenden wir mit diesem umfassenden Statement. Darin stehen wir ein gegen das Leid und die Entmenschlichung, gegen Kriegstreiberei und Waffenlieferungen. Wir benennen die kolonialen Dynamiken, die Klimaungerechtigkeiten und die Notwendigkeit von Widerstand dagegen. Wir sind solidarisch mit den Protesten von unten gegen Krieg, Völkermord, Rassismus und Antisemitismus. Wir halten Analysen, dass Israel ein Apartheids-Regime aufgebaut hat und einen Genozid an der palästinensischen Gesellschaft ausübt, für plausibel und die Kämpfe dagegen für unterstützenswert. Mit Gruppen, welche menschenverachtende Ideologien oder Praktiken verfolgen, kooperieren wir selbstverständlich nicht. Hierzu zählen unter anderem fundamentalreligiöse zionistische und islamistische Gruppen. Wir stellen uns gegen die rassistische Diskussion und Politik in Deutschland, die Logik der Staatsräson und die enormen Repressionen. Wir kritisieren die Deutung und Lehren, die die deutsche Regierung aus dem Nationalsozialismus zieht und fordern eine konsequente Aufarbeitung von Antisemitismus, Rassismus, dem Reichtum aus der Nazizeit und weiteren faschistischen Kontinuitäten. In der Linken sehen wir viele großartige Initiativen. Die palästinasolidarischen Proteste weltweit beeindruckt uns und wir möchten uns solidarisch mit ihnen zeigen. Wir plädieren für eine offene und ernste Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Positionen und fordern gleichzeitig, dass kritische Stimmen sich konstruktiv einbringen. Räume für Diskussionen wollen wir dringend offen halten. Wir denken, dass eine breite gemeinsame Praxis der Klimagerechtigkeitsbewegung und Palästina-solidarischen Bewegung wie in anderen Ländern möglich ist und wollen dazu beitragen. Das Statement soll ein Anfangspunkt sein für weitere Bildungsprozesse und weitere Diskussions- und Gestaltungsräume. No climate justice on occupied land!

## 1. WESHALB DIESES STATEMENT?

### A. WARUM ERST JETZT? – EINE ENTSCHULDIGUNG

Seit einem Jahr führen wir innerhalb von Ende Gelände intensive Diskussionen zu Israel und Palästina, zum Genozidvorwurf in Gaza und den Unterdrückungsstrukturen in der Westbank. Die Bilder und Berichte unermesslichen menschlichen Leids lassen Schweigen und Wegsehen nicht zu. Die Repression gegen palästinasolidarische Proteste, der steigende Antisemitismus und Rassismus und die nahezu bedingungslose Unterstützung Israels von Seiten der deutschen Regierung laufen der historischen Verantwortung von Menschen in Nachkriegsdeutschland entgegen. Viele von uns beteiligen sich an Protesten in Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung, an Diskussionen oder Bildungsprozessen. Viele von uns sind überfordert mit der Komplexität des Konfliktes und den Diskussionen darum herum. Einige wünschen sich mehr Diskussion und politische Bildung, andere können und/oder wollen sich neben bestehenden politischen Projekten nicht spezifisch in diese Kämpfe einbringen. Viele von uns beobachten mit großer Sorge, wie an den Diskussionen um Israel/Palästina linke Allianzen oder Freund\*innenschaften zerbrechen. Bisher haben sich einige Ortsgruppen



öffentlich zu dem Thema geäußert und EG war Teil des palästinasolidarischen Camps von Geef Tengas in Rotterdam gegen die fossilen Gas- und Waffendeals in der Region.

Es gab in der Vergangenheit bereits mehrere Anläufe für eine Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex, aber immer wieder auch große Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine Positionierung möglich, zielführend oder überhaupt notwendig sei. Das Scheitern dieser Prozesse hat auch dazu geführt, dass wir im letzten Herbst weit von einer gemeinsamen Analyse oder Praxis entfernt waren. Um der spaltenden Kraft des Themas in der Linken entgegenzuwirken, um Brücken zu suchen und um uns unserer Verantwortung als Bündnis mit intersektionalem und antikolonialem Selbstverständnis [\[Q1\]](#)[\[Q2\]](#) zu stellen, haben wir uns entschlossen, durch einen längeren Prozess mit Online-Diskussionen in acht Themenabenden und moderiert durch eine Kleingruppe zu gehen. Über vermeintliche Bruchlinien hinweg haben wir uns mit der Geschichte Palästinas und Israels, mit Antisemitismus, Zionismus und Antizionismus auseinandergesetzt und Räume geöffnet, um mit palästinensischen, jüdischen und israelischen Linken ins Gespräch zu kommen. Dabei waren die Gespräche mehrheitlich sehr bereichernd, aber teilweise auch schwer, mühsam oder verletzend. Als Bündnis waren wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit daher sehr lange handlungsunfähig, haben zu wenig und zu spät Solidarität gezeigt mit denjenigen, die von Repressionen, Rassismus und Antisemitismus betroffen sind. Wir haben selbst solche Selbstverständlichkeiten wie das Aufstehen gegen Mord, Leid, Krieg und Diskriminierung nicht öffentlich ausgesprochen. Wir sind so Teil einer mehrheitlich weißen deutschen, nicht jüdischen, nicht muslimischen, nicht palästinensischen oder israelischen Linken gewesen, die schon viel zu lange vor öffentlichen und internen Diskussionen zu dem Thema zurückschreckt, während von Rassismus und Antisemitismus betroffene Menschen auf die Straße gehen und Repressionen erfahren. Auch wir als Ende Gelände haben Zeit für den Prozess gebraucht, das war notwendig und wichtig, um uns eine differenzierte Auseinandersetzung zu ermöglichen. Wir verstehen, dass dieses Schweigen und Nichthandeln unsolidarisch und verletzend war. Dafür möchten wir uns ausdrücklich entschuldigen - auch bei den Menschen, die Ende Gelände daraufhin verlassen haben. Unser Schweigen sowie Nicht-Handeln wollen wir mit diesem Statement beenden.

## **B. POSITIONEN INNERHALB VON EG**

Einigen von uns ist es sehr wichtig, dass die Zusammenhänge von Kapitalismus, Imperialismus und Neokolonialismus im Kontext Israel/Palästina bei einer Analyse der Situation stets berücksichtigt werden. Andere finden, dass nicht jede Gruppe eine ausgereifte Analyse zu Israel/Palästina braucht, da dieser Anspruch Gruppen unter Umständen handlungsunfähig machen kann und so solidarisches Agieren oder wichtige Arbeit verhindert, die zu diesem oder zu anderen Themen geleistet werden muss. Wieder andere wünschen sich einen (pragmatischen) Mittelweg, in welchem eine antikapitalistische und dekoloniale Grundhaltung vorausgesetzt werden kann, ohne dass man sich in allen analytischen und inhaltlichen Details immer einig sein muss.

Wir sind uns jedoch einig darin, dass wir uns auf die deutsche Regierung nicht verlassen können, wenn es darum geht, (ihre) Kriegstreiberei und Unterdrückung zu stoppen. Es braucht weltweiten Druck. Daher verstehen wir es auch als unsere Aufgabe und Verantwortung, Seite an Seite mit allen progressiven Kräften auf einen unmittelbaren Waffenstillstand, eine Freilassung der verbliebenen Geiseln sowie gleiche Rechte und Selbstbestimmung für alle Menschen vor Ort, sowie ein Ende der regionalen Eskalation hinzuwirken. Wir sind solidarisch mit Kämpfen für die Beendigung der israelischen Besatzungspolitik in Gaza und der Westbank sowie den tödlichen (siedlungs-)kolonialen und rassistischen Dynamiken in Israel.



Wir sind uns nach nun fast einem Jahr intensiver Diskussionen und Prozessen in der Kleingruppe und im Bündnis nicht in allen Fragen einig. Es bleiben gewisse Dissense bestehen und wir werden sie aushalten, andere Perspektiven einnehmen und verstehen lernen und immer wieder neu diskutieren müssen. Und doch fühlen wir uns in unseren Grundpositionen gestärkt: Wir stehen weiter fest ein für Klimagerechtigkeit, gegen Antisemitismus, Rassismus und Ethnonationalismus, gegen koloniale Kontinuitäten und Kapitalismus. Auch wenn wir diesen Ansprüchen in der Praxis nicht immer gerecht werden, finden wir es wichtig, diese als Kompass unserer politischen Arbeit zu setzen.

### **C. WARUM SICH ÄUSSERN? – UNSER ZUGANG**

Wir sind ein Bündnis, das primär gegen fossilen Kapitalismus kämpft - und dieser ist von Beginn an aufs Engste mit Kolonialismus und Patriarchat verwoben. Innerhalb von Ende Gelände haben wir unterschiedliche Analysen von der Rolle des Kapitalismus für globale Konflikte. Klar ist für uns, dass viele Faktoren ineinander spielen - der Kapitalismus ist einer von ihnen. Kapitalistische Nationalstaaten bereichern sich an und auf Kosten von Menschen und Natur. Dabei gibt es ein Machtgefälle vom Globalen Süden zum Globalen Norden. Transnationale fossile Konzerne nutzen und verschärfen dabei bestehende Systeme der Diskriminierung und Ausbeutung wie Rassismen und Patriarchat, um ihre Profite abzusichern und weiter an günstige Arbeitskraft sowie nicht-menschliche Ressourcen zu gelangen. Zu diesem Zweck werden nicht zuletzt auch Kriege mitfinanziert. Dieser fossile, koloniale/imperialistische und patriarchale Kapitalismus und seine geopolitischen Interessen spielen eine zentrale Rolle in vielen Konflikten weltweit, so auch in Israel/Palästina. Insbesondere europäische fossile Konzerne bereichern sich vor Ort auf Kosten von Mensch und Umwelt und tragen somit zu einer Verschärfung des Konflikts bei - ob beispielsweise durch den Kauf von Lizenzen für die Förderung von Gas vor Gaza oder den Abbau von Rohstoffen zur Zementherstellung im besetzten Westjordanland [\[Q3\]](#)[\[Q4\]](#)[\[Q5\]](#)[\[Q6\]](#). Davor dürfen wir nicht die Augen verschließen.

Zusätzlich sehen wir uns als in Deutschland aktive Gruppe in der Verantwortung gegen Völkermorde, Antisemitismus und Rassismus aufzustehen. Wir beobachten seit dem 7. Oktober 2023 mit grosser Sorge eine Zunahme an Einschränkungen von Grundrechten, wie die der Versammlungsfreiheit, der Wissenschaftsfreiheit und der Persönlichkeitsrechte. Unter diesen Einschränkungen hatten - und haben - insbesondere von Rassismus und Antisemitismus betroffene Menschen zu leiden. Dies sehen wir als direkte Folge der Logik der "deutschen Staatsräson", welche den vermeintlichen "Schutz" und die Interessen eines Staates über den Schutz von universellen Menschenrechten stellt. Diese Staatsräson halten wir für einen problematischen Schluss aus der deutschen Geschichte von Faschismus und Völkermord und wollen uns für eine aufrichtige Aufarbeitung einsetzen.

## **2. LEID UND ENTMENSCHLICHUNG**

### **A. DER 7. OKTOBER, DAVOR UND DANACH**

Zunächst möchten wir den enormen Schmerz, das Leid und die Ungerechtigkeiten anerkennen, die unzählige Menschen erfahren. Wir trauern gemeinsam um die Ermordeten, Verletzten, Gefangenen und Unterdrückten sowie mit denjenigen, die sich Sorgen um ihre Angehörigen machen und/oder Ängste (erneut) durchleben müssen. Wir erkennen die historischen und aktuellen Traumata der jüdischen und muslimischen Communities, der israelischen und der palästinensischen Gesellschaften



gleichermaßen an. Wir empfinden Mitgefühl mit allen Betroffenen. Unsere Anteilnahme gilt den Menschen in Israel und Palästina, die Gewalt und Bedrohtsein, Verschleppt-, Vertrieben- oder Verletzt-Werden \*erleben, sowie Hunger, Durst oder die Zerstörung ihres Zuhauses erlitten haben und noch erliden müssen. Unsere Anteilnahme gilt auch den Angehörigen, die Tote und Verschwundene zu beklagen haben, und den Kindern, die ohne Familie alleine zurückbleiben.

Am 7. Oktober 2023, dem wichtigen jüdischen Feiertag Simchat Tora, tötete die Hamas[Q7] bei ihrem Terrorangriff ca. 1.200 Menschen. Es gab tausende Verletzte, verstörende sexualisierte Gewalt, ein Massaker bei einem Musikfestival und weitere extrem traumatisierende Ereignisse. 251 Menschen unterschiedlichster Herkunft wurden als Geiseln nach Gaza verschleppt, viele davon wurden getötet. Stand November 2024 befinden sich nach wie vor rund 100 der Geiseln in den Händen der Hamas, von 35 wurde der Tod bestätigt[Q8]. Ganze israelische Dörfer entlang der Grenze zum Gazastreifen sind zerstört. Andere wurden aus Sorge vor einer weiteren Eskalation evakuiert und sind bis heute verwaist. Das Trauma in der israelischen Gesellschaft sitzt tief. Denn das Blutbad der Hamas traf eine Gesellschaft, mit einer langen Geschichte von antisemitischer Verfolgung, Pogromen und Völkermord, eine Gesellschaft, die konstant Krieg erlebt. Die Staatsgründung Israels entspringt einer Geschichte von antisemitischer Verfolgung vor allem in Europa, die in der Shoah ihren grausamen Höhepunkt fand - aber danach nicht aufhörte. Auch in den USA, Grossbritannien, der Sowjetunion und den arabischen Staaten war Antisemitismus weit verbreitet[Q9][Q10]. Nach der Staatsgründung Israels, der Nakba sowie der Kriegserklärung arabischer Staaten verließen ungefähr 900.000 Jüdinnen\*Juden bis in die frühen 1970er Jahre arabische Länder aufgrund von Flucht, Emigration oder Ausweisung. Viele davon gingen nach Israel in der Hoffnung, dort ein sicheres Leben zu führen[Q11][Q12]. Die Massaker der Hamas haben den Glauben vieler erschüttert, der Staat Israel könne in einer Welt nach der Shoah zumindest einen sicheren Ort für jüdische Menschen schaffen[Q13]. Nichts rechtfertigt diese Massaker. Die Entmenschlichung und der Antisemitismus, die in diesem Angriff, sowie in fehlendem Mitgefühl gegenüber den Opfern zum Ausdruck kommen, haben uns schockiert und dem stellen wir uns entschieden entgegen.

Die israelische Regierung reagierte auf den Angriff der Hamas mit einem gegenüber der Zivilbevölkerung Gazas zutiefst rücksichtslosen und zerstörerischen Flächenbombardement, einer Blockade Gazas und einer darauffolgenden, verheerenden Bodenoffensive[Q14]. Heute ist Gaza ein Trümmerfeld.

Zwischen Oktober 2023 und April 2024 wurden über 70.000 Tonnen Bomben und explosives Material auf Gaza über größtenteils dicht besiedeltem Gebiet abgeschossen bzw. abgeworfen - heute wird die Zahl weitaus höher sein[Q15]. Schon im April 2024 waren zwischen 60 und 70 % aller Gebäude zerstört, ebenso wie 80% der Schulen[Q16]. Die Schätzungen der Todeszahlen liegen zwischen 41 000[Q17] und 186 000[Q18]. Fast täglich werden Zeltunterkünfte für Menschen auf der Flucht und Schulen, in welchen Geflüchtete Schutz suchen, bombardiert oder angegriffen[Q19]. Selbst als "safe zones" ausgewiesene Orte werden vorsätzlich angegriffen[Q20]. Über 67 % allen Ackerlandes im Gaza-Streifen wurde größtenteils gezielt zerstört, sowie über 52 % aller landwirtschaftlichen Brunnen und circa 44 % aller landwirtschaftlichen Gewächshäuser[Q21][Q22]. Die WHO hat über 1000 Angriffe auf Kliniken und Einrichtungen des Gesundheitswesens registriert[Q23][Q24]. Kaum eine der 36 Kliniken arbeitet noch vollständig[Q25][Q26]. Auch die Wasserversorgung wird angegriffen, über 700 Brunnen und Entsalzungsanlagen wurden zerstört, ebenso wie die vorhandenen 6 Klärwerke[Q27]. Im Juli waren bereits 10 % der Bevölkerung Gazas tot, verletzt oder vermisst. Elektrizität, Medizin und Arzneimittel, Lebensmittel, Trinkwasser und Kraftstoffe werden ganz oder nahezu vollständig verwehrt und Epidemien breiten sich aus[Q28][Q29]. Fast die gesamte Bevölkerung Gazas ist akut von einer Hungersnot betroffen, über 3500 Kinder sind akut vom Hungertod bedroht[Q30][Q31][Q32]. Es wurden bereits 30 Massengräber mit ca. 3000 Toten dokumentiert.



Stand November wurden mind. 137 Journalist\*innen und Medienmitarbeitende ermordet, viele davon gezielt[Q33][Q34]. Wegen der eingeschränkten Berichterstattung lässt sich das Ausmaß des Leides und der Zerstörung lediglich erahnen.

Die Offensive Israels wird bereits auf das Westjordanland ausgeweitet, dessen systematische Besiedelung durch die israelische Regierung massiv vorangetrieben wird[Q35][Q36][Q37][Q38]. In Israel wurden zudem mehrere Orte geschaffen, in welchen ca. 9500 Palästinenser\*innen willkürlich und ohne Anklage in Geiselhaft (als sogenannte Verwaltungshäftlinge) inhaftiert sind, ohne Aussicht auf die Einhaltung der Menschenrechte, unter willkürlichen Haftbedingungen, Demütigung, Entmenschlichung, sexualisierter Gewalt und Folter[Q39][Q40].

Zur Rechtfertigung bedienten sich Minister\*innen der rechtsextremen Regierung Israels einer menschenverachtenden Sprache und genozidaler Äußerungen[Q41]. Dabei wurde eine gewollte humanitäre Katastrophe und die Auslöschung von Gaza angekündigt. Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen werden dabei nachweislich bewusst gegen die palästinensische Bevölkerung eingesetzt[Q42][Q43][Q44][Q45].

Seit Jahren wird der Hamas wie auch der IDF vorgeworfen, Zivilist\*innen als menschliche Schutzschilder zu missbrauchen, eine Handlung, die nach Genfer Flüchtlingskonvention illegal ist[Q46][Q47]. Es ist dokumentiert, dass die IDF (gefangen genommene) Palästinenser\*innen in militärischen Operationen als Schutzschilder nutzt, um beispielsweise Tunnel oder Wohnhäuser zu durchsuchen[Q48][Q49]. Gleichzeitig gibt es die Anschuldigung gegen das israelische Militär, sie nutze den Vorwand, die Hamas oder andere bewaffnete palästinensische Gruppen griffen auf menschliche Schutzschilder als Strategie zurück, um eigene Angriffe auf zivile Ziele zu legitimieren[Q50]. Die Hamas wiederum baut militärische Strukturen in zivilen Gebieten wie Schulen, Krankenhäusern oder Wohnhäusern auf, schießt von dort Raketen auf Israel ab oder übt Druck auf Zivilist\*innen aus, den israelischen Evakuierungsaufforderungen nicht Folge zu leisten und gefährdet so bewusst die palästinensische Zivilbevölkerung. Angesichts der dichten Besiedelung des Gazastreifens und der Schließung der Grenzen durch Israel, stellten Menschenrechtsorganisationen und Rechtsexpert\*innen in Frage, ob dieses Vorgehen im Sinne des Völkerrechts als Nutzung menschlicher Schutzschilder qualifiziert werden könne[Q51][Q52(S.219)]. Unabhängig davon, ob die Hamas menschliche Schutzschilder nun gezielt einsetzt oder nicht, ist für uns klar, dass sowohl Hamas, als auch die israelische Regierung von Krieg und Eskalation für den eigenen Machterhalt profitieren und zivile Opfer Bestandteil ihres jeweiligen politischen und militärischen Vorgehens sind.

Schon vor dem 7. Oktober 2023 warnten Menschenrechtsorganisationen vor einer Unbewohnbarkeit und humanitären Katastrophe im Gazastreifen[Q53][Q54]. Das israelische Militär kontrollierte Gazas Grenzen engmaschig. Auch in der Westbank und in Jerusalem lebten und leben Palästinenser\*innen unter struktureller Diskriminierung. Um die gesetzlich verankerte Ungleichbehandlung von jüdischen und nicht-jüdischen Israelis und Palästinenser\*innen zu beschreiben, benutzen Menschenrechtsorganisationen sowie Expert\*innen der Vereinten Nationen den Begriff Apartheid[Q55][Q56][Q57]. Laut Bericht der Sonderbeauftragten für die Situation der Menschenrechte in den palästinensischen Gebieten wurden Israel bereits bis Mitte März drei Akte nachgewiesen, von welchen schon einer ausreicht, damit laut Definition ein Genozid vorliegt[Q58].

Das Trauma der palästinensischen Gesellschaft sitzt tief. Die aktuellen Geschehnisse müssen in den Zusammenhang einer Geschichte kontinuierlicher Landnahme und Vertreibung, struktureller und rassistischer Diskriminierung, willkürlicher Verhaftungen und Tötung gestellt werden, die schon vor der Shoah begannen[Q59]. Viele Menschen sehen die aktuellen Geschehnisse als Teil einer kontinuierlichen Nakba (=Katastrophe)[Q60][Q61], wie auch Kommentare israelischer Politiker\*innen nahelegen[Q62]. Nichts legitimiert diese Kriegsverbrechen, dieses Töten, diese Unterdrückung.





Die Entmenschlichung und (anti-muslimischen/anti-palästinensischen) Rassismen, die in dem Handeln des israelischen Staates, sowie in fehlendem Mitgefühl in der israelischen Mehrheitsgesellschaft und besonders in westlichen Gesellschaften zum Ausdruck kommen, [\[Q63\]](#)[\[Q64\]](#) schockieren uns - dem stellen wir uns ebenfalls entschieden entgegen.

## **B. EIN ENDE DEM GENOZID / ZUM GENOZIDBEGRIFF**

Wir haben uns über eine längere Zeit intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, ob wir die Begriffe "Genozid" oder "ethnische Säuberung" verwenden wollen für das, was Palästinenser\*innen aktuell erfahren. Die Kritik ist oft, dass die Begriffe als Kampfbegriffe verwendet werden, polarisieren und antisemitisch seien. Der Vorwurf ist, dass Antisemit\*innen Israel grundsätzlich, als jüdischen Staat, als ultimativ böse und allmächtig verstehen und den Genozidvorwurf mißbrauchen, um dem Staat das größtmögliche Verbrechen anzuhängen und ihn so zu "dämonisieren". Insbesondere, da Israel auch Zuflucht vor der Shoah bot, wird teilweise vermutet, dass der Genozidvorwurf dazu dient, Israel zu delegitimieren, also unter Umständen die Identität und Rechtfertigung des Staates in Frage stellen zu wollen. Wir sind der Meinung, dass der Genozidvorwurf keinem Dämonisierungsversuch entspricht. Nach unserem Verständnis trifft die Analyse zu, dass in Gaza aktuell ein Völkermord geschieht. Deshalb halten wir es für so wichtig, uns dazu zu äußern. Seit Oktober 2023 steht der Verdacht des Genozids im Raum und im Laufe des letzten Jahres verdichten sich die Einschätzungen, dass die israelische Regierung in Palästina einen Genozid verübt, so auch von Seiten der UNO, Menschenrechtsorganisationen und zahlreichen Expert\*innen [\[Q65\]](#)[\[Q66\]](#)[\[Q67\]](#). Auch der Internationale Gerichtshof hält den Genozidvorwurf für so plausibel, dass er ein Prüfverfahren eingeleitet hat [\[Q68\]](#). Die definitive rechtliche Einschätzung wird noch Jahre brauchen. Als linkes Bündnis müssen und dürfen wir nicht auf diese Einschätzung warten. Die Aussagen von israelischen Politiker\*innen haben teilweise klar einen Genozid gefordert und gerechtfertigt, diese belegen aus unserer Sicht klar eine genozidale Intention [\[Q69\]](#)[\[Q70\]](#). Es ist nicht nur bekannt, dass die israelische Regierung Kriegsverbrechen begeht, dass sie Aushungern als strategische Waffe verwendet [\[Q71\]](#), dass in Gaza und der Westbank Siedler\*innen angesiedelt werden sollen und die palästinensische Bevölkerung vertrieben oder getötet werden soll [\[Q72\]](#)[\[Q73\]](#). Darüber hinaus dokumentieren einige Organisationen die systematische und weitreichende Zerstörung von Umwelt und landwirtschaftlichen Lebensgrundlagen, was auch als Ökozid bezeichnet wird [\[Q74\]](#)[\[Q75\]](#). Es erscheint uns deshalb plausibel davon auszugehen, dass hier eine "gezielte Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören" vorliegt. Wir schließen uns daher dem jüdisch-israelischen Holocaust- und Genozidforscher Omer Bartov an, wenn er berichtet: "Ich war zu der Überzeugung gelangt, dass spätestens seit dem Angriff der IDF auf Rafah am 6. Mai 2024 nicht mehr geleugnet werden kann, dass Israel systematische Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und völkermörderische Handlungen begeht" [\[Q76\]](#). Es kann gerechtfertigt sein, Institutionen und Konzernen, die den Genozid vorantreiben oder davon profitieren, zu boykottieren und zu blockieren.

Obwohl wir uns in der Analyse einig sind, dass Israel aktuell einen Völkermord an Palästinenser\*innen begeht, haben einige im Bündnis strategische Bedenken geäußert, den Begriff zu verwenden, da er auch von Gruppierungen genutzt wird, deren Motivationen wir nicht teilen und mit denen wir uns explizit nicht gemein machen wollen. Letztendlich haben wir uns im Bündnis mit großer Mehrheit dafür entschieden, den Begriff vorsichtig, aber bewusst zu verwenden. Wir scheuen uns nicht zu benennen, was wir für die Wahrheit halten. Im Gegenteil halten wir es für eine wichtige Aufgabe von weiß-deutsch geprägten Gruppen, den Begriff zu verwenden, gerade mit Blick auf die Diskussion in Deutschland, in der die Stimmen der Betroffenen viel zu wenig Raum bekommen.



## C. PLÄDOYER FÜR MENSCHLICHKEIT UND MENSCHENWÜRDE

Menschenwürde ist universell und unteilbar. Es darf keine Unterschiede in der Wertigkeit von Menschenleben geben, denn Dehumanisierung ist ein Kern rechter Politik. Weltweit, aber auch besonders in Deutschland, beobachten wir seit letztem Herbst einen Anstieg von Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus. Menschen berichten von zunehmenden Diskriminierungserfahrungen. Es gab Angriffe auf Synagogen und Moscheen und massive rassistische Repressionen bei palästinasolidarischen Protesten. Als Bündnis machen wir uns stark für den Abbau von Antisemitismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit und weiteren Unterdrückungsformen und stellen uns solidarisch an die Seite der Betroffenen.

Gleichzeitig stellen wir uns den kalten, entmenschlichenden Kriegslogiken entgegen, die nach kolonialen und imperialistischen Ideologien funktionieren. Diese Denkweisen sind hauptsächlich durch den rassistischen und patriarchalen Kapitalismus geprägt worden. Imperiale Staaten sowie ihre herrschenden Klassen verrechnen und benutzen Menschenleben, sehen in der Natur lediglich Ressource oder Ware und schaffen so immer wieder eine Welt, in welcher der Profit für wenige über dem guten Leben für alle steht.

Ein dauerhafter Waffenstillstand ist das erste Mittel, um das Töten zu beenden. Das Morden und gezielte Sterbenlassen der palästinensischen Zivilbevölkerung, die Bedrohung und der Beschuss der israelischen Zivilbevölkerung, sämtliche Kriegsverbrechen, die Besatzung, Belagerung und die Vertreibung müssen aufhören. Geiseln und sogenannte zivile Gefangene müssen von beiden Seiten freigelassen werden und sofort nach Hause zurückkehren können. Auf Dauer braucht es nicht nur einen langfristigen, nachhaltigen Waffenstillstand, sondern einen gerechten Frieden. Waffenexporte müssen unverzüglich eingestellt werden. Deutschland als zweitgrößter Waffenlieferant Israels ist für all das Sterben mitverantwortlich, nicht nur in Gaza, auch im Westjordanland und im Libanon. Die deutschen Rüstungsexporte waren 2023 zehn mal höher als im Vorjahr, aufgrund des starken Anstiegs nach dem 7. Oktober. Deutschland liefert bis heute nahezu bedingungslos Waffen an Israel [\[Q77\]\[Q78\]](#).

## D. KOLONIALISMUS UND MACHTUNGLEICHHEITEN

Dieses Bekenntnis zur Menschlichkeit und gegen Dehumanisierung ist grundlegend. Gleichzeitig sind uns die klaren Machtungleichheiten und Hierarchien in dem sogenannten "Israel/Palästina-Konflikt" bewusst. Viele Sozialwissenschaftler\*innen sprechen von kolonialen oder siedlerkolonialen Dynamiken. Wir sehen diese Dynamiken darin, dass der israelische Staat mit der weitestgehenden Unterstützung westlicher Staaten seit Jahrzehnten Land in Palästina einnimmt und Palästinenser\*innen oft willkürlich ermordet, inhaftiert oder diese von Siedler\*innen vertrieben werden. Wir sehen den Kolonialismus in der rassistischen Abwertung von Palästinenser\*innen, ihrer systematischen Trennung von den jüdisch-israelischen Teilen der Gesellschaft [\[Q79\]\[Q80 \(S.14/15\)\]](#) und in den Geschichten, die der israelische Staat über sich selber erzählt, so zum Beispiel kürzlich in Netanjahus Beschreibung des Krieges als "Kampf zwischen Barbarei und Zivilisation" [\[Q81\]\[Q82\]](#). Auch sehr verbreitete orientalistische Erzählungen, wie z.B. diejenige, dass Israel die Wüste zum Blühen gebracht hätte, sind Beispiele für koloniale Ideen mit grünem Anstrich [\[Q83\]\[Q84\]](#). Zudem rechtfertigt die israelische Regierung ihre Handlungen aktuell mit der Idee eines "Krieges gegen den Terror". Dabei wird der Terrorbegriff auch in deutschen Diskussionen sehr einseitig und rassistisch benutzt und Terrortaktiken des israelischen Staates oft nicht als solche bezeichnet.





Die eklatanten Machtasymmetrien nicht zuletzt militärischer Natur übersetzen sich seit Jahrzehnten auch in viele infrastrukturelle Ungerechtigkeiten - ob in der ungleichen Verteilung von Energie, Wasser, Müllentsorgung oder dem Zugang zu landwirtschaftlich nutzbaren Flächen. Während der israelische Staat diese Umweltungerechtigkeiten schafft, stellt er sich selber als grünen Vorreiter dar. Ein Beispiel für das Greenwashing kolonialer Landnahme sind die Aktivitäten des "Jewish National Funds". Die vermeintliche Umweltorganisation nutzt die Spenden, die hauptsächlich aus dem Globalen Norden stammen, um hunderttausende Bäume über zerstörte palästinensische Siedlungen zu pflanzen. Dadurch wird vergangenes Unrecht unsichtbarer und eine Rückkehr erschwert. Als antikoloniales Bündnis stellen wir uns all dem entgegen.

Palästinensischer Widerstand gegen solche Unterdrückung ist gerechtfertigt und damit sind wir solidarisch. Das Weltbild, die Ideen und Methoden der Hamas, aber auch die anderer reaktionärer Kräfte wie z.B. des Palestinian Islamic Jihad hingegen, stehen unseren Werten und Ideen komplett entgegen. Die Hamas ist eine autokratische, fundamentalreligiöse, patriarchale und gewaltvoll herrschende Organisation, die für uns kein Partner in einem emanzipatorischen Kampf sein kann. Wir sehen aber, dass die Hamas von der zunehmenden Verzweiflung und Alternativlosigkeit der Palästinenser\*innen profitiert, welche seit Jahrzehnten perspektivlos unter der Besatzung leben und leiden. Kritik an der Hamas wird durch diese mit brutalem Autoritarismus, inkl. Inhaftierung, Folter und Tod unterdrückt und dennoch finden sich Stimmen, die Kritik artikulieren [\[Q85\]](#)[\[Q86\]](#). Um einen geeinten palästinensischen Verhandlungspartner zu verhindern, ließ die israelische Regierung seit 2018 Zahlungen aus Katar an die Hamas zu, ebenso wie deren Milliardenvermögen [\[Q87\]](#)[\[Q88\]](#)[\[Q89\]](#). Die Hamas wird des Weiteren unterstützt durch Staaten wie Iran und Katar, zwei zutiefst patriarchalen absoluten Monarchien, die Menschenrechte mit Füßen treten [\[Q90\]](#)[\[Q91\]](#).

Unsere Solidarität gilt dem Widerstand von unten, den linken, emanzipatorischen Kräften in Palästina, Israel und weltweit. Die israelischen und die palästinensischen Menschen haben alle ein Recht auf Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit. Wir maßen uns nicht an, darüber urteilen zu können, in welcher Konstruktion ein friedliches Zusammenleben ausgestaltet werden soll. In welcher politischen Konstellation auch immer, klar ist: From the river to the sea, justice, peace, equality.

## 3. FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT UND GEGEN AUTORITARISMUS

### A. DIALOG, REPRESSION UND FEHLENDE AUFARBEITUNG

Wir blicken mit großer Sorge und Wut auf die Politik der Bundesregierung und die Mainstream-Debatte in Deutschland. Die bedingungslose Unterstützung eines Staates, dessen in weiten Teilen faschistische Regierung [\[Q92\]](#)[\[Q93\]](#)[\[Q94\]](#)[\[Q94.2\]](#) offen zum Völkermord aufruft [\[Q95\]](#)[\[Q96\]](#), schafft keine Sicherheit - ganz im Gegenteil. Die reduktionistischen Erzählungen der deutschen Politik und medialer Debatten sind gleichermaßen Grundlage für antimuslimischen Rassismus und für einen Antisemitismus, der den bedingungslosen Proisraelismus zum Kern der Bekämpfung von Juden\*Jüdinnen-Feindlichkeit macht. Sie schaffen Sprachlosigkeit und ein Klima der Angst. Es ist zynisch, wie deutscher Antisemitismus auf diese Weise kaschiert wird. Und es ist zynisch, wie in Deutschland wieder zwischen guten und schlechten Juden\*Jüdinnen unterschieden wird, indem israelkritische oder antizionistische jüdische Menschen als Antisemit\*innen markiert und zum Schweigen gebracht werden [\[Q97\]](#)[\[Q98\]](#)[\[Q99\]](#)[\[Q100\]](#). Weder Kritik an israelischer Politik, noch die Sorge um die Menschen im Kriegs- und Krisengebiet in Gaza dürfen mit Antisemitismus gleichgesetzt werden [\[Q101\]](#). Die Versuche deutscher Bürgerlicher und Rechter, jede Kritik an Israel als antisemitisch zu



delegitimieren, ist vielmehr aufgrund einer Ineins- oder Gleichsetzung der israelischen Regierung mit Juden\*Jüdinnen selbst antisemitisch. Diese Position wird oft von Parteien mit antisemitischen Parlamentarier\*innen und Traditionen wie CSU, CDU und AfD vorgebracht. Die stark kritisierte Bundestagsresolution "zum Schutz jüdischen Lebens" vom Oktober 2024 ist ein Beispiel für ein einschränkendes und autoritäres Diskursklima, das jegliche Form von Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichsetzt [\[Q102\]\[Q103\]](#). Die IHRA-Definition (International Holocaust Remembrance Alliance) wird vom Bundestag und anderen Institutionen zur Unterdrückung abweichender, auch jüdischer, Meinungen genutzt. Das sagen selbst Autor\*innen der IHRA-Definition [\[Q104\]](#). Deshalb lehnen wir die IHRA-Definition als unzulänglich und die Bundestagsresolution als Angriff auf die Meinungsfreiheit ab.

Das weit verbreitete Ausladen von – oftmals jüdischen oder palästinensischen - Künstler\*innen und Wissenschaftler\*innen in diesem Kontext kritisieren wir scharf [\[Q105\]](#). Das Gleiche gilt für Verbote von Solidaritäts-Demonstrationen für Palästinenser\*innen, Repressionen, wie die rassistische Polizeigewalt, willkürliche Ingewahrsamnahmen, Kontrollen in migrantischen Kiezen und Treffpunkten, Schließung von politischen Läden, Cafés und Kulturorten, sowie die völlig unverhältnismäßigen Repressionen bei den Protesten an den Universitäten [\[Q106\]](#). Während Hubert Aiwanger als Bayrischer Staatsminister immer wieder beweist, wie salonfähig Antisemitismus in Deutschland ist, will die Bundesregierung mehr Menschen abschieben, um dem vermeintlich "importierten Antisemitismus" zu begegnen. Politiker\*innen "sorgen" sich um den Antisemitismus in linken anti-kolonialen, sowie oftmals nicht-weißen Kreisen. Diese Darstellung ist massiv verzerrt und wir kritisieren sie scharf. Antisemitismus in der Linken und nicht-weißen Kreisen existiert und muss bekämpft werden. Dennoch verorten Studien antisemitische Einstellungen und Taten vor allem an den rechten Rändern und in der bürgerlichen Mitte der deutschen Gesellschaft [\[Q107\]\[Q108\]](#). Unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Bekämpfung von Antisemitismus entsteht hier eine autoritäre Herrschaftspraxis, die zentrale Menschenrechte wie die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Kunstfreiheit und die Freiheit der Wissenschaft aushebelt und abschafft. Auch dagegen stellen wir uns mit aller Entschiedenheit.

In den Debatten über Zionismus und Antizionismus werden diese beiden Ideologien als Kampfbegriffe diametral gegenübergestellt, wobei mit den Begriffen viele verschiedene Dinge gemeint werden. Das verhindert einen solidarischen Diskurs. Zionismus hat viele Formen (siehe Glossar) [\[Q109\]\[Q110\]](#). Linke Formen des Zionismus werden aktuell extrem marginalisiert [\[Q111\]\[Q112\]](#). Insbesondere den bürgerlichen Zionismus sehen wir als Teil einer neuen Rechten, die Nationalismus und Militarismus legitimiert und forciert [\[Q113\]](#). Für einen Dialog kann es wichtig sein, nicht als erstes von Menschen zu fordern, sich vom Zionismus zu distanzieren, sondern konkreter zu besprechen, was Werte und Realitäten sind [\[Q114\]](#). Alle Formen des Zionismus per se abzulehnen halten wir also für problematisch. Alle Formen unkritisch zu befürworten, lehnen wir ebenfalls ab. Man kann gleichzeitig antisemitisch und zionistisch sein, etwa indem man im Staat Israel die Lösung einer vermeintlichen "Judenfrage" sieht. Antizionismus hat entsprechend ebenfalls eine lange Geschichte, viele unterschiedliche Formen und kann unter Umständen antisemitisch sein. Für viele linke Antizionist\*innen steht die Kritik am (Ethno-)Nationalismus, die Dominanz des revidionistischen Zionismus und die rechtsextreme Entwicklung der Regierung, sowie die Unterdrückung der palästinensischen Gesellschaft im Vordergrund [\[Q115\]\[Q116\]](#). Es ist gerechtfertigt, den revidionistischen Zionismus und die dahinterstehende menschenverachtende Nationalideologie abzulehnen. Alle Formen des Antizionismus abzulehnen, halten wir deshalb für problematisch. Alle Formen unkritisch zu befürworten, lehnen wir ebenfalls ab. Es kommt auf die Inhalte, nicht die Begriffe an.

Entscheidend ist, dass die aktuellen Debatten den tiefsitzenden Antisemitismus in Deutschland, sowie die mangelnde Aufarbeitung des Nationalsozialismus kaschieren [\[Q117\]\[Q118\]](#). Viele reiche



deutsche Familien – wie beispielsweise Quandt, Diehl, Piëch, Porsche und Klatten – sind mit "Arisierung" und Kriegsgewinn reich geworden, Entschädigungszahlungen an die Leidtragenden ihres Profits aus dem Holocaust stehen heute noch aus[Q119][Q120][Q121][Q122]. Wir beobachten, dass eine Überidentifikation mit Israel und eine bedingungslose Unterstützung seiner Regierung durch Deutschland als Form der Wiedergutmachung stattfindet. Das halten wir für verkürzt. Wir fordern eine konsequente Aufarbeitung von Kontinuitäten des Nationalsozialismus, Kolonialismus und Imperialismus in Deutschland.

Wir sind uns einig, dass viele der Konflikte und des Leids in West-Asien unter anderem aus europäischem Imperialismus, Rassismus und Antisemitismus, Nationalismus und kolonialen Ideologien stammen. Diese Verantwortung gegenüber dem Leid von Juden\*Jüdinnen, Palästinenser\*innen und vielen mehr erkennen wir an.

Wir erkennen unsere eigene Positionierung als mehrheitlich Deutsche an. Die meisten von uns sind Nachkommen von Nazis, Mitläufer\*innen, Täter\*innen oder Mörder\*innen. Wir leben in einem Land, dessen Reichtum bis heute aus Zwangsarbeit, Sklav\*innenarbeit, Vernichtungskrieg und imperialer wirtschaftlicher Kontrolle herrührt. Wir leben in einem Land, in dem 79 Jahre nach Kriegsende rechts-populistische und rechtsradikale Gruppen wieder massiv an Zulauf gewinnen. Allein das bezeugt das Scheitern der vermeintlichen Aufarbeitung. Für uns bedeutet all das: Nie wieder! Nie wieder staatlicher Massenmord, nie wieder Faschismus, nie wieder Vernichtungskrieg und Angriffskrieg. Unser "Nie Wieder" gilt für Anarchist\*innen, sogenannte "Asoziale", Armenier\*innen, Behinderte, BiPoC, Herero\*a, Homosexuelle, Jüdinnen\*Juden, Kommunist\*innen, Naama, für Palästinenser\*innen, Pol\*innen, Queers und FLINTA\*, Rom\*nja, Russ\*innen, Serb\*innen, für Sinti\*zze, Ukrainer\*innen - unsere Solidarität gilt allen Betroffenen. Nie wieder Faschismus, Angriffskrieg und Genozid! Wir sehen Deutschland in der Verantwortung, faschistische Strukturen und Erben viel konsequenter aufzuarbeiten.

## **B. ZUM (LINKEN) DISKURS IN DEUTSCHLAND**

Wir sehen viele wichtige und gelungene linke Initiativen, Workshops und Aktionen - weltweit und in Deutschland. Die hauptsächlich migrantisch und jüdisch getragene Palästinabewegung in Deutschland ist beeindruckend und wichtig. Dennoch erleben wir, dass Zugänge zur Israel/Palästina-Debatte auch innerhalb linker Diskurs- und Politräume teils sehr unterschiedlich sind. Nicht selten wird dabei in zwei polarisierten Seiten gedacht, differenzierte und unentschiedene Positionen verunmöglicht. Es wird unkonkret gegen die andere Seite gehetzt, Menschen markiert, verächtlich gemacht oder sogar ausgeschlossen - bis hin zu gewaltvollen Androhungen und tätlichen Angriffen. Auch belastet durch die erdrückende Diskursmacht einer einseitig geführten bürgerlichen Debatte in Deutschland, steht dabei nicht zuletzt auch ein emotional aufgeladener Streit um die Deutungshoheit von Geschichte und Sprache im Vordergrund, der die tatsächlichen Ereignisse vor Ort überlagert, sie verdeckt und teils von ihnen ablenkt.

Wir können die Probleme allerdings nicht lösen, wenn wir als Linke nicht zumindest miteinander reden. Austauschräume zu schließen, bringt uns definitiv nicht weiter und schwächt uns als Bewegung massiv.

Obwohl sich einige Menschen aus unseren Strukturen an palästinasolidarischen Protesten in der einen oder anderen Form beteiligt und eingebracht haben, nehmen wir in unseren Diskussionen und Gesprächen auch oft Stimmen wahr, die äußern, dass sie auch heute noch prinzipiell Zweifel hegen,



sich den Protesten anzuschließen oder sich dort unwohl fühlen, zum Beispiel weil eine klare Distanzierung von der Hamas oder den Verbrechen am 7.10. ausbleibt. Berechtigte Kritik an der Palästinabewegung, wie beispielsweise die teils vorkommende Solidarisierung mit der Hamas oder die Prägung durch autoritäre Gruppen, ist in der Vergangenheit jedoch oft mißbraucht worden, um jedwede Solidarität mit Palästina zu diffamieren. Die Konsequenz von Kritik an Teilen der Palästinabewegung darf somit nicht sein, nicht mehr mit Palästina solidarisch zu sein. Wer über Kritik an den Protesten spricht, muss auch über die enorme Gewalt und Brutalität sprechen, mit welcher der deutsche Staat gegen palästinasolidarische Proteste vorgeht. Neben Klimaaktivist\*innen werden laut Amnesty in Deutschland gerade vor allem palästinasolidarische Aktivist\*innen und Demonstrant\*innen massiv diffamiert, als "Kriminelle" oder "Terrorist\*innen" kriminalisiert, um damit weiter zu rechtfertigen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlung eingeschränkt wird und um gleichzeitig rassistische Migrationspolitiken, weitreichende Sparmaßnahmen im sozialen Bereich und Aufrüstungsdebatten zu legitimieren[Q123]. Und obwohl die Repressionen gegen die palästinasolidarische Bewegung derart enorm sind, werden jeden Tag - größtenteils getragen von Migrant\*innen, Frauen und Queers - Demonstrationen gegen Massenmord, gegen das Sterbenlassen und gegen die Ignoranz der internationalen Staatengemeinschaft und deutschen Mehrheitsgesellschaft organisiert, werden zahlreiche linke Bildungsveranstaltungen und Diskussionsinitiativen auf die Beine gestellt. Während konstruktive Kritik an den Protesten natürlich möglich sein muss, sehen wir aktuell, dass die Perspektiven und Positionen von direkt und indirekt Betroffenen kaum Raum bekommen. Diese Perspektiven werden aufgrund der massiven Repressionen, ebenso wie durch den einseitigen deutschen Diskurs zu wenig berücksichtigt. Wir brauchen weiterhin solidarische Kritik in unseren Bewegungen, auch an Palästinaprotesten, aber wir müssen uns insbesondere als mehrheitlich weiße deutsche linke Gruppen erstmal überhaupt selbst aktiv einbringen und uns Schulter an Schulter gegen jegliche staatliche Repression stellen. Wer einseitig auf Seiten von staatlicher Repression steht, ist für uns keine linke Bündnispartner\*in[Q124]. Lasst uns uns einbringen und Solidarität lokal wie international aktiv mitgestalten, anstatt aus Angst, etwas falsch zu machen, zu schweigen.

Natürlich erkennen wir in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit berechtigter Kritik an jeglichem Antisemitismus an und teilen diese. Für Antisemitismus darf es keinen Raum geben.

## **FAZIT: SOLIDARITÄT MUSS PRAXIS WERDEN – EIN PLÄDOYER DAFÜR, SICH EINZUBRINGEN!**

Wir als Ende Gelände wollen uns der Entmenschlichung und der Abwertung von Menschen entgegenstellen - egal, wen sie trifft, egal, von wem sie ausgeht und egal, in welcher Form sie in Erscheinung tritt. Wir wollen das gute Leben für alle.

Wir sehen unsere politische Praxis Seite an Seite mit linken, emanzipatorischen Gruppen in Deutschland, Palästina, Israel und weltweit, die einem ähnlichen politischen Kompass folgen. Das umfasst für uns ganz klar, sich Entmenschlichung entgegenzustellen und für Menschenrechte einzustehen, sich gegen Doppelstandards und vereinfachende, unterkomplexe Analysen im politischen Diskurs stark zu machen. Klar ist, wir müssen gemeinsam das Schweigen und die Handlungsunfähigkeit beenden. Mit diesem Statement hoffen wir, einen Handlungskorridor für uns als Bündnis ausgearbeitet zu haben, auf Basis dessen unsere Strukturen in Bündnissen zu dem Thema aktiv werden können und wir in unserer Öffentlichkeitsarbeit klare Worte finden. Dazu gehört für uns auch, in Zukunft weiterhin Räume für Gespräche und Diskussionen offen zu halten, zuzuhören, Unwissenheit einzugestehen und Komplexität und verschiedene Perspektiven anzuerkennen und auszuhalten.



Wir wissen, dass Bewegungen nie perfekt sind. Aber es ist fraglos falsch, zu Krieg, Massakern und Diskriminierung zu schweigen, sich nicht nach Möglichkeit in die Organisierung emanzipatorischer Bündnisse gegen Krieg und Genozid, in Solidarität mit den Menschen in Palästina und Israel einzubringen. Dabei vergessen wir auch nicht die anderen tödlichen Konflikte in der Welt, die kriegerischen Auseinandersetzungen im Kongo und Sudan - der aktuell größten und dennoch kaum beachteten humanitären Krise der Welt - die fortwährenden völkerrechtswidrigen Angriffe der Türkei auf kurdische Gebiete, den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und Genozide, wie an den Armenier\*innen, den Rohingya in Myanmar/Birma, den Jesid\*innen im Irak, den Kurd\*innen in Syrien und der Türkei, den Uigur\*innen in China, den indigenen Gruppen im Amazonas, um einige zu nennen.

Dieses Statement soll dazu dienen, unsere Praxis zu verändern. Wir sehen es als Anfangspunkt und Grundlage für weitere Arbeit und Prozesse. Wie können wir darauf aufbauend solidarisch sein mit Betroffenen von Antisemitismus und Rassismus? Wie können sich Juden\*Jüdinnen, Israelis und Palästinenser\*innen, in unseren Gruppen wohl und sicherer fühlen? Wir wollen weitere Bildungsprozesse in unserem Bündnis anstoßen, zum Beispiel zu Themen wie Antisemitismus, anti-muslimischem/-palästinensischem Rassismus, sowie einer kritischen Reflexion weiß-christlicher deutscher Gefühle zu Israel/Palästina. Wir nehmen uns vor, uns bei Protesten und Demonstrationen weiterhin und verstärkt einzubringen. Israel/Palästina wird kein Schwerpunktthema von Ende Gelände, aber ein Thema, zu dem wir in Zukunft arbeiten können.

Für ein Klima der Gerechtigkeit: Ein Ende den Genoziden! Waffenstillstand jetzt!  
No climate justice on occupied land!

## GLOSSAR

### ANTISEMITISMUS

Es gibt verschiedene Antisemitismusdefinitionen. Die älteste ist die IHRA-Arbeitsdefinition (International Holocaust Remembrance Association)[\[Q125\]](#), die in Deutschland als offizielle Definition wirksam ist. Aus der Kritik an der IHRA-Definition durch die Antisemitismusforschung entstand die JDA (Jerusalem Declaration on Antisemitism)[\[Q126\]](#). Ein weiterer Versuch, Antisemitismus zu definieren, wird durch das Nexus Document vorgenommen, ein Projekt der Biden Administration[\[Q127\]](#). Die vorliegende Arbeit orientiert sich an der JDA und dem Nexus Dokument, da beide eine differenziertere Auseinandersetzung mit den Zusammenhängen von Antisemitismus, Israelkritik und (Anti-)Zionismus bieten als die IHRA-Definition, welche als alleinige Definition für Antisemitismus weder vorgesehen ist, noch dazu taugt[\[Q128\]](#) [\[Q129\]](#).

### ANTIZIONISMUS

Antizionismus ist eine ablehnende Haltung ggn. dem Zionismus (s.u.). Er hat verschiedene Ausprägungen, wie den liberalen und den religiösen Antizionismus, welcher von liberalen bzw. orthodoxen Juden\*Jüdinnen, aber auch von Nicht-Juden\*Jüdinnen vertreten wird. Für sie ist Jüdisch-Sein eine religiöse und keine politisch-nationalistische Frage. Der sozialistische Antizionismus steht für die kollektive Emanzipation von Juden\*Jüdinnen in ihren jeweiligen Ländern und der internationalistische Antizionismus strebt ein Ende aller Unterdrückung weltweit an. Einige Formen des Antizionismus sind antisemitisch. Eine verkürzte Kapitalismuskritik kann unter Umständen ebenfalls auf





antisemitischen Stereotypen aufbauen. Ein nationaler Antizionismus sieht die "jüdische Weltverschwörung" sowohl innerhalb als auch außerhalb der Nation als Bedrohung an.

## **ETHNONATIONALISMUS**

Ethnonationalismus ist eine Strömung des Nationalismus, die durch das Verlangen von Angehörigen einer "ethnischen" Gruppe nach absoluter Souveränität über ihre politischen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten gekennzeichnet ist. Ethnonationalismus bezeichnet damit das Streben einer sich selbst als Nation auffassenden Ethnie nach Staatlichkeit. Ebenso wie Nationalismus den Ausschluss von "fremden" Nationalitäten auf verschiedenster Ebene einschließt, bringt Ethnonationalismus den Ausschluss fremder "Ethnien" von nationalen Privilegien mit sich.

## **GENOZID/VÖLKERMORD**

Der Begriff "Genozid" entstand 1943 im Kontext des Völkermords an den Armenier\*innen und wurde 1948 von den Vereinten Nationen offiziell aufgenommen. Rückwirkend werden immer wieder Genozide geltend gemacht, die zu großen Teilen von den europäischen Kolonialmächten und in europäischen Siedlerkolonien begangen wurden. Ein Beispiel ist der Völkermord an den Herero und Nama in Namibia [\[Q130\]](#)[\[Q131\]](#) oder an den Sinti\*zze und Rom\*nja im Nationalsozialismus. Der Begriff bezeichnet im heutigen Völkerstrafrecht einen Straftatbestand, der "die gezielte Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören" umfasst.

Genozidale Handlungen umfassen:

- a) das Töten eines Angehörigen der Gruppe
- b) das Zufügen von schweren körperlichen oder seelischen Schäden bei Angehörigen der Gruppe
- c) die absichtliche Unterwerfung unter Lebensbedingungen, die auf die völlige oder teilweise physische Zerstörung der Gruppe abzielen
- d) die Anordnung von Maßnahmen zur Geburtenverhinderung
- e) die zwangsweise Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe

## **IMPERIALISMUS**

Imperialismus bezeichnet eine Form der Herrschaft einer Nation über andere Länder, welche in diesem Zuge ausgebeutet werden. Imperialismus bezeichnet auch ein Streben nach "Großmacht" von Staaten, um eine globale Deutungshoheit in Gewalt- und Wirtschaftsfragen zu erlangen. Die Herrschaft über andere Staaten wird dabei durch militärische, wirtschaftliche, politische und/oder kulturelle Methoden durchgesetzt. Staaten sagen unterschiedlich offen, dass sie dieses Großmachtstreben verfolgen und verstecken es teilweise hinter vorgeschobenen Ideen. Während im letzten Jahrhundert viele Staaten öffentlich nach größeren Imperien strebten, wird dies heutzutage eher hinter einer humanitären Sprache verschleiert.

## **KOLONIALISMUS**

Kolonialismus bezeichnet zum einen den Prozess der Inbesitznahme und Unterwerfung anderer Länder, Gebiete und Ressourcen, sowie der dort lebenden Bewohner\*innen (durch Militär und Kolonialist\*innen). Zum anderen bezieht sich Kolonialismus auch auf eine gleichnamige historische Periode, die Ende des 15. Jahrhunderts mit der europäischen Plünderung und Inbesitznahme der heutigen Amerikas begann. Der Kolonialismus hat nie geendet, sondern besteht weiterhin in veränderten Formen, zum Beispiel in Mustern politischer, militärischer, wirtschaftlicher, finanzieller Kontrolle und der





Ausbeutung von Ressourcen. Diese werden durch Entmenschlichung und Rassismus gerechtfertigt sowie durch die Idee, dass bestimmte "Zivilisationen" anderen überlegen seien.

## **ÖKOZID**

Als Ökozid bezeichnet man die großflächige und langfristige Zerstörung von Umwelt, die die Existenz von Menschen, Lebensweisen oder Kulturen bedroht und daher völkermörderisch ist. Besonders indigene Gruppen, deren Lebensweise mit Land und Umwelt verbunden ist, sind von Ökoziden bedroht. Beispiele für Ökozid sind das aktuelle Artensterben und die Zerstörung von Natur durch die Verwendung des Pflanzengiftes "Agent Orange" im Vietnam Krieg.

## **STAATSRÄSON**

Die Staatsräson ist zunächst ein Prinzip, das den Erhalt und die Sicherheit eines funktionierenden Staates als bedeutsamen Wert definiert und daraus ableitet, dass der Einsatz jeglicher Mittel unabhängig von Moral und Gesetz zum Absichern dieses Werts gerechtfertigt sei. Dies bedeutet auch, dass Menschenrecht und Völkerrecht zugunsten einer Staatsräson ausgehebelt werden können. Im Zusammenhang mit Israel wird mit der Aussage "Die Sicherheit Israels ist Teil der deutschen Staatsräson" meist gemeint, dass aus der deutschen historischen Verantwortung für die Shoah resultiere, dass das Existenzrecht des Staates Israel sowie seine vermeintliche Sicherheit nicht verhandelbar sind.

## **ZIONISMUS**

Es gibt verschiedene Strömungen des Zionismus. Ursprünglich entstanden ist er im 19. Jahrhundert in Europa mit dem Ziel der Gründung eines jüdischen Nationalstaates. Da die jüdische Diasporabewegung aufgrund von antisemitischer Verfolgung und Pogromen als gescheitert angesehen wurde, wurde der Nationalstaat als sichere Heimstätte für Juden\*Jüdinnen gesehen. "Zion", der Tempelberg in Jerusalem, wurde zum Symbol für die Stadt und für Israel als jenes Gebiet, das innerhalb der zionistischen Bewegung als ursprüngliches Heimatland von Juden\*Jüdinnen beansprucht wurde, auf dem ein jüdischer Staat errichtet werden sollte. Unterschiedliche Auslegungen des Zionismus umfassen die sozialistische und utopische Kibbuzim-Bewegung (Kibbuz=auf Gleichheit beruhende, kollektiv und solidarisch wirtschaftende Kommune), sowie kulturelle, bürgerlich-liberale, revisionistische und religiöse Formen des Zionismus, die jeweils teilweise in krassem Widerspruch zueinander stehen. Die Kritik am Zionismus richtet sich meist gegen den revisionistischen Zionismus, wie er auch von der israelischen Regierung vertreten wird.